Quelle: FAZ vom 12.3.13

Wo Eurovermögen sind

Von Holger Steltzner

Warum will die Europäische Zentralbank die Ergebnisse ihrer Studie zur Verteilung des Vermögens in Europa erst nach dem Beschluss über ein Hilfspaket für Zypern veröffentlichen? Offenbar fürchtet sie den Protest in den Geberländern, wenn sogar offizielle Zahlen der EZB belegen, dass vermeintlich reiche Deutsche, Österreicher, Holländer oder Finnen kaum ärmere Zyprer raushauen sollen. Und was sollen davon erst arme Slowaken oder Esten halten, die ja schon längst für viel reichere Euroschuldensünder wie Spanien, Griechenland, Portugal oder Irland haften? Die Vermögensverteilung der EZB wird beweisen, was viele wissen, aber die Solidarität einfordernden „Euroretter" verschweigen, dass in der Euro-Krise nicht von Reich zu Arm, sondern von Regeltreuen zu Regelbrechern umverteilt wird.

Die EZB hält die Daten aber auch deswegen zurück, weil sie selbst zum politischen Akteur geworden ist. Am liebsten möchte sie die Vermögensverteilung nur mitsamt einer politisch korrekten Interpretationsanweisung veröffentlichen. Das tut ihr nicht gut. Es schadet ihrer Glaubwürdigkeit auch, dass die EZB aus Sorge um ihre Bilanz im Unterschied zur Bundesregierung und dem Internationalen Währungsfonds die Gläubiger zyprischer Banken nicht an den Hilfen für Zypern beteiligen will. Damit bestätigt die EZB bloß die allgemeine Wahrnehmung, wonach laufend Banken und Investoren gerettet werden, auf Kosten der Steuerzahler in den Geberländern.

Wäre die EZB neutral, könnte sie einfach über die Vermögensverteilung in Europa berichten, die nun mal so ist, wie sie ist. Vergleichbaren Daten der Credit Suisse zufolge sind Luxemburger, Franzosen, Belgier, Italiener und Österreicher im Schnitt reicher als Deutsche, mit einem überraschend großen Vorsprung der Franzosen und einem erwartbaren der Luxemburger. Bemerkenswert ist, dass die Vermögen in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden besonders ungleich verteilt sind, ausgerechnet dort, wo die Sozialsysteme so gut ausgebaut sind. In Frankreich sind die Löhne in den vergangenen Jahren stark gestiegen, und hier liegt auch die Staatsquote sehr hoch; beides gilt als entscheidend für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft. Außerdem ist in Frankreich die Wohneigentumsquote höher, langen Grundsteuern heftig zu und gibt es hohe Vermögensteuern, die Rot-Grün hierzulande einführen möchte. Trotzdem sind die Vermögen dort ähnlich ungleich verteilt wie im angeblich so kalten und neoliberalen, aber wirtschaftsstarken Deutschland.